



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Spanien begeht Verfassungstag im Zeichen der Reformen*



Bei der Feierstunde im spanischen Parlament zum 28. Jahrestag der Verfassung am 6. Dezember stand die geplante Verfassungsreform im Mittelpunkt der Reden. Die oppositionelle Volkspartei bot der Regierung nun ihre Zusammenarbeit bei der Verfassungsreform an. Oppositionsführer Mariano Rajoy nannte 14 Punkte, die seine Partei in die Verfassungsdebatte einbringen will. Darüber hinaus signalisierte er seine Bereitschaft, einen Konsens mit der Regierung zum Friedensprozess mit der ETA sowie zum „Gesetz über die Historische Erinnerung“



herbeizuführen, vorausgesetzt Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) gestehe das Scheitern des Friedensprozesses ein. Parlamentspräsident Manuel Marín von den Sozialisten hatte zuvor alle Parteien dazu aufgerufen, einen Konsens in den „wichtigsten Bereichen, die unser Land betreffen“, herzustellen. Dabei nannte er an erster Stelle die Friedensschaffung im Baskenland. „Wir müssen uns alle anstrengen, um einen Vertrag zwischen allen

Seiten zu erzielen. Auch wenn es noch so schwierig ist, so müssen wir unsere Differenzen beiseite legen“, unterstrich Marín.

Zapatero blieb jedoch standfest und bekräftigte seine Position, „Frieden durch Dialog“ zu schaffen. Das angespannte Verhältnis zwischen den beiden Parteiführern, die sich auf dem Festakt nicht einmal grüßten, blieb trotz des Angebots der PP während der gesamten Sitzung bestehen. Die Vize-Ministerpräsidentin, María Teresa Fernández de la Vega



(Foto), griff jedoch das Angebot der PP zur Zusammenarbeit bei der Verfassungsreform auf und sagte, sie werde „mit besonderer Aufmerksamkeit“ die Vorschläge der Volkspartei studieren. Die regierende PSOE hat bisher vier Reformvorhaben vorgestellt: die Änderung der Thronnachfolgeregelung, die Reform des Senats, die Erwähnung der 17 Autonomen Regionen sowie die Erwähnung der EU in der Verfassung. Noch sind die Vorschläge der PP im Einzelnen nicht bekannt, doch kündigte Rajoy an, er werde in Kürze seine Liste vorlegen. Die Verfassungskommission soll von Fernández de la Vega

geleitet werden. Sie kündigte an, sie wolle sich nach Weihnachten mit der PP zusammensetzen, um Konsensmöglichkeiten auszuloten. Gleichzeitig warnte sie vor zu hohen Erwartungen. Komme es nicht zu Übereinstimmungen auf breiter Front mit der Volkspartei, so drohte sie, wohl wissend, dass eine Verfassungsänderung nur mit der PP durchgeführt werden kann, die Reformpläne bis zum Ende der Legislaturperiode in die „Schublade zu stecken“.

## >> **Baskische Parteien setzen Gespräche mit Batasuna aus**

Die baskischen Sozialisten (PSE) und die regierenden Nationalisten (PNV) haben beschlossen, die Gespräche mit dem politischen Arm der ETA, Batasuna, auf unbestimmte Zeit auszusetzen, solange die Gewalt auf den Straßen im Baskenland fortgeführt wird. Drei Monate, nachdem die „Annäherungsgespräche“ aufgenommen wurden, erklärte PSE und PNV, es würden vorerst keine Treffen mit der Batasuna mehr stattfinden. Dies hieße jedoch nicht, dass der von der spanischen Regierung ausgerufene „Friedensprozess“ beendet sei, hieß es aus den Parteizentralen. So sagte PNV-



Chef Josu Jon Imaz (Foto), man werde sich nur mit Batasuna einigen, wenn der Straßenvandalismus („kale borroka“) beendet werde. Die PSE ließ vermelden, sie habe zu Batasuna

schon seit über zwei Wochen keinen Kontakt mehr und plane auch keine weiteren Treffen in naher Zukunft. Die PSE zeigte sich nicht nur über die eskalierende Gewalt enttäuscht, sondern betonte darüber hinaus, Batasuna würde durch neue politische Forderungen den Gesprächsverlauf behindern. Damit spielt die PSE auf die Forderungen der ETA an, die benachbarte Region Navarra sowie den baskischen Teil im Süden Frankreichs zu beanspruchen.

Trotz der ausgesetzten Gespräche bleibt der baskische Nationalist Imaz hinsichtlich des Friedensprozesses optimistisch. Die Situation für den Frieden sei generell positiv, denn die globale Lage habe sich mit den Terroranschlägen in den USA und in Madrid geändert. Dies habe dazu geführt, dass der baskische Terrorismus in die „Ecke gedrängt“ wurde. Zudem habe sich die Einstellung der baskischen Gesellschaft gegenüber dem Terrorismus grundlegend geändert. Heute habe man gegenüber dem Terrorismus keine Toleranz mehr. Auch die baskische Linke, die früher Gewalt unterstützt hätte, habe sich davon losgelöst und sei nun bereit, sich an die politischen Spielregeln zu halten, unterstrich Imaz. Selbst innerhalb der Batasuna gäbe es Mitglieder, die den gewaltsamen Kampf ablehnten.

Die oppositionelle Volkspartei ist allerdings der Ansicht, dass die Aussetzung der aus ihrer Sicht illegalen Gespräche zwischen den baskischen Parteien und Batasuna ein weiteres Anzeichen für das

deutliche Scheitern des „Friedensprozesses“ ist. „Dieser Prozess ist am Ende und jetzt wäre noch Zeit, den Kurs zu korrigieren, bevor alles



schlimmer wird“, sagte PP-Sprecher Gabriel E-lorriaga. „Statt die PP anzugreifen und zu beleidigen, sollte Zapatero alle Gespräche mit Batasuna und ETA abbrechen und den demokratischen Konsens gegen den Terrorismus wiederherstellen“, so der PP-Politiker. Zapateros Stellvertreterin María Teresa Fernández de la Vega erwiderte daraufhin, die Regierung werde nicht keine Minute in ihren Bemühungen ablassen, ETA mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Wer das Gegenteil behauptete, der „beleidigt nicht nur die Institutionen, die sich dem Kampf gegen den Terrorismus verpflichtet haben, sondern auch die breite Öffentlichkeit, die den Frieden will“, sagte de la Vega.

Indes hat das Oberste Gericht in Madrid entschieden, dass die Treffen zwischen den baskischen Parteien und Batasuna nicht illegal waren. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass es kein Gesetz gebe, das solche Treffen verbiete. Die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, „Manos Limpias“ (Saubere Hände), hatte eine Klage eingereicht, nachdem die baskischen Parteien sich erstmals am 6. Juli 2006 getroffen hatten.



## >> **Parlament setzt Debatte über „Historische Erinnerung“ fort**

Nachdem die Fraktionen im spanischen Parlament die Debatte über den Gesetzentwurf zur „Historischen Erinnerung“, der die Vergangenheit des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) und der Franco-Diktatur gesetzlich aufarbeiten soll, vor Monaten ausgesetzt hatte, kündigte die Regierung nun einen Kompromissantrag an, um die parlamentarische Debatte in der kommenden Woche fortsetzen zu können. Ein heftiger Streit war über die „Null- und Nichtigskeitserklärung“ der Urteile entbrannt. Die Regierung hatte sich zunächst geweigert, alle Urteile generell für null und nichtig zu erklären, da dies ungewisse Folgen für die heutige Gerichtsbarkeit gehabt hätte. Die Vereinigte Linke (IU) sowie die katalanischen Linksnationalisten (ERC) hatten die generelle Aufhebung aller Franco-Urteile gefordert. Der Regierungsvorschlag sieht nun vor, die Urteile des Franco-Regimes „symbolisch und moralisch“ zu verurteilen. Eine juristische Aufhebung der Urteile würde auf diese Weise vermieden werden, doch hätte die moralische Verurteilung, so ein Sprecher der PSOE, einen Effekt auf die Opfer und ihrer Familien. Die PSOE begründete die neue Kompromissregelung mit dem Hinweis, einen „moralischen“ Ausgleich für die Opfer finden ohne die Basis der Koexistenz und die Prinzipien der Aussöhnung und der

Vergebung aus der Zeit des Übergangs zur Demokratie aufgeben zu wollen. Die Volkspartei lehnt das Gesetz generell ab, ist jedoch neuerdings bereit, einen Konsens mit der Regierung zu erzielen.

Am kommenden Donnerstag wird das Parlament die Debatte wieder aufnehmen und weitere Änderungsanträge beraten. Die Regierung strebt eine Einigung bis Februar nächsten Jahres an.

### >> **Rajoy: Massenlegalisierung von Illegalen gesetzlich untersagen**

Auf einer Tagung der Christdemokratischen Internationalen (CDI) zum Migrationsthema in Gran Canaria kündigte der Vorsitzende der spanischen Volkspartei, Mariano Rajoy (Foto), die Einbringung eines Gesetzentwurfs im Parlament an, der künftig die Massenlegalisierung von illegalen Einwanderern gesetzlich untersagen soll. Hintergrund der Initiative ist die Legalisierungsaktion der sozialistischen Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero im Jahr 2005, der zufolge rund 600 Tsd. „Papierlose“ (sin papeles) Aufenthaltsgenehmigungen erhielten. Die Aktion, die nicht innerhalb der EU abgestimmt worden war, wurde heftig von den europäischen Partnern kritisiert. Die massive Einwanderungsflut auf den Kanarischen Inseln in diesem Jahr, insbesondere aus der südlichen Sa-



hararegion, gilt als Folge des Legalisierungsverfahrens. Abgesehen von der Einführung eines gesetzlichen Verbots von Massenlegalisierungen will sich der PP-Chef ebenso für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik stark machen. Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung gehöre zu den Aufgaben der EU, denn „wenn die Europäische Union von Nutzen sein soll, dann muss sie auch die Probleme der Menschen angehen und lösen“, sagte der PP-Vorsitzende. Er wolle aber auch erreichen, dass Regierung und EU in einer „konzertierten“ Aktion mit den Herkunftsländern gegen die illegale Einwanderung zusammenarbeiten. „Mittel- bis langfristig“, so Rajoy, werde diese konzertierte Aktion dazu beitragen, das Problem ernsthaft zu bekämpfen. Ferner erläuterte der Oppositionsführer, dass die Gesetzesinitiative gleichzeitig Teil des Wahlprogramms seiner Partei für die nächsten Parlamentswahlen im März 2008 sein wird. Die Volkspartei wird in den kommenden Monaten bei Konferenzen und Seminaren verstärkt ihre Wahlplattform vorbereiten, um dann politisch gut gerüstet zu sein, bekräftigte Rajoy. Indes hat ein auf Einwanderungsfragen spezialisierter Anwaltsverein darauf hingewiesen, dass ab dem kommenden Jahr zwischen 400 und 600 Tausend illegale Immigranten ein Recht auf Legalisierung ihres Status hätten. Sie würden die Voraussetzungen nach spanischem Recht erfüllen, zu welchen gehö-

hararegion, gilt als Folge des Legalisierungsverfahrens.

Abgesehen von der Einführung eines gesetzlichen Verbots von Massenlegalisierungen will sich der PP-Chef ebenso für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik stark machen. Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung gehöre zu den Aufgaben der EU, denn „wenn die Europäische Union von Nutzen sein soll, dann muss sie auch die Probleme der Menschen angehen und lösen“, sagte der PP-Vorsitzende. Er wolle aber auch erreichen, dass Regierung und EU in einer „konzertierten“ Aktion mit den Herkunftsländern gegen die illegale Einwanderung zusammenarbeiten. „Mittel- bis langfristig“, so Rajoy, werde diese konzertierte Aktion dazu beitragen, das Problem ernsthaft zu bekämpfen.

Ferner erläuterte der Oppositionsführer, dass die Gesetzesinitiative gleichzeitig Teil des Wahlprogramms seiner Partei für die nächsten Parlamentswahlen im März 2008 sein wird. Die Volkspartei wird in den kommenden Monaten bei Konferenzen und Seminaren verstärkt ihre Wahlplattform vorbereiten, um dann politisch gut gerüstet zu sein, bekräftigte Rajoy. Indes hat ein auf Einwanderungsfragen spezialisierter Anwaltsverein darauf hingewiesen, dass ab dem kommenden Jahr zwischen 400 und 600 Tausend illegale Immigranten ein Recht auf Legalisierung ihres Status hätten. Sie würden die Voraussetzungen nach spanischem Recht erfüllen, zu welchen gehö-



ren: a) dreijähriger Mindestaufenthalt in Spanien; b) nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten; c) über einen mindestens ein Jahr alten Arbeitsvertrag verfügen sowie d) eine von der Kommune ausgestellte Bescheinigung über ihre „soziale Integration“ vorweisen.

## >> Kein Durchbruch mit Senegal über Rückführungsabkommen

In der vergangenen Woche reiste Ministerpräsident Zapatero in die senegalesische Hauptstadt Dakar, um mit Senegals Präsidenten Abdoulaye Wade über ein Rückführ-

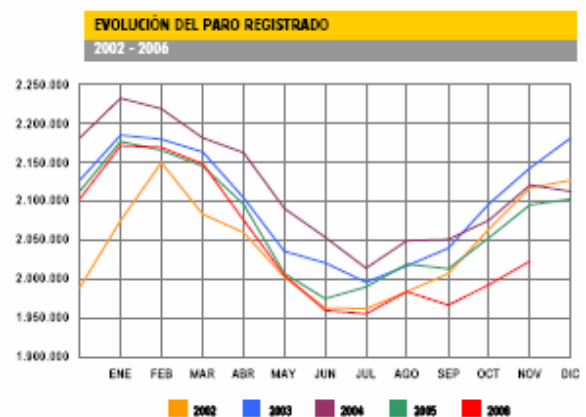


rungsabkommen für illegal eingereiste Senegalesen zu verhandeln. Der spanische Regierungschef kehrte nicht ganz zufrieden nach zwei Tagen zurück. Denn es wurde zu seinen Ehren nicht nur aus Versehen die spanische Flagge aus der Franco-Ära gehisst, sondern ihm ebenso ein Rückführungsabkommen verweigert. Auch der Wunsch von Präsident Wade, ein Abkommen über Einwanderungsquoten für Senegalesen nach Spanien zu unterzeichnen, erfüllte sich nicht. Im Oktober hatte Wade nach Gesprächen mit dem spanischen Außenminister Miguel Angel Moratinos angekündigt, Spanien werde im kommenden Jahr Arbeitserlaubnisse an 4.000 Senegalesen vergeben. Zapatero schloss eine Quote für arbeitswillige Senegalesen nicht kategorisch

aus, betonte jedoch, es müsse zunächst ein Migrantenzentrum in Senegal aufgebaut werden, um dort geeignete Kandidaten auszuwählen und auszubilden. Er wolle aber zu diesem Zeitpunkt keine Zahlen nennen, sagte Zapatero. Beide Politiker einigten sich, die EU um eine sechsmonatige Verlängerung des Frontex-Einsatzes zu bitten. Darüber hinaus kam es zu einer Einigung hinsichtlich der Rückführung von unbegleiteten Minderjährigen sowie über die Bekämpfung des Menschenhandels.

## >> Arbeitslosigkeit steigt im November um 1,5 %

Laut Mitteilung des Arbeits- und Sozialministeriums wurden im Monat November 30.328 Arbeitslose mehr als im Monat zuvor registriert. Dies entspricht einem Anstieg um 1,5 Prozent. Damit sind insgesamt über 2,02 Mio. Spanierinnen und Spanier bzw. rund 9,7 Prozent arbeitslos.

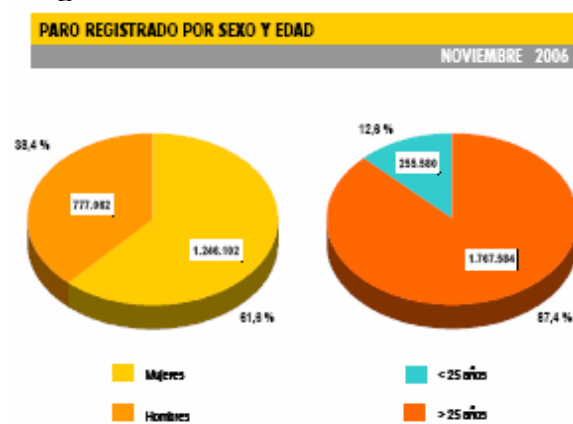


Quelle: Arbeits- und Sozialministerium, Madrid, Nov. 2006

Das Ministerium verwies darauf, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit im November wesentlich geringer ausgefallen ist als im Novem-

ber des vorigen Jahres. Es sei sogar der niedrigste Anstieg seit sechs Jahren. Im Vorjahresvergleich ist die Arbeitslosigkeit um 72.416 Personen bzw. um 3,4 Prozent gesunken.

Von der Arbeitslosigkeit sind überproportional Frauen betroffen. Insgesamt befinden sich unter den 2,02 Arbeitslosen 1,25 Mio. Frauen, d.h. rund 61,6 Prozent der Arbeitslosen in Spanien. Im Vergleich sind dagegen 770 Tsd. Männer (38,4%) arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit (bis 25 Jahren) beträgt 12,6 Prozent.



Quelle: Arbeits- und Sozialministerium, Madrid, Nov. 2006

Arbeitsstaatssekretär David Vega bewertete die Arbeitsmarktdaten überaus positiv. Zwar sei die „magische“ Grenze von 2 Millionen überschritten, doch bleibe der Arbeitsmarkt weiterhin stark. „Objektiv gesehen“, so Vega, „sprechen die Zahlen für sich“. Dies sieht auch die oppositionelle Volkspartei so; allerdings weniger optimistisch als die Regierung. PP-Partei-sekretär für Wirtschaft und Arbeit, Mi-



guel Arias (Foto), bezeichnete die Arbeitslosenzahlen als Beweis für die Tatenlosigkeit der Regierung. Zum fünften Mal nacheinander sei die Arbeitslosenzahlen nach oben geschneilt, betonte Arias. Er könne nicht verstehen, wie die Regierung bei einer solchen Bilanz so euphorisch sein könnte. Die Regierung lebe nach wie vor von den Früchten der Aznar-Ära, doch sei ein Abwärtstrend bereits heute erkennbar. Die Dauereuphorie der Regierung könne aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es wirtschaftlich mit Spanien bergab gehe, sagte Arias.

## >> Politiker und Unternehmen gelten in Spanien als korrupt



Die in der vergangenen Woche von Transparency International in Brüssel vorgestellte Meinungsumfrage zur

Wahrnehmung von Korruption in der Bevölkerung ist mit Sorge in Spanien aufgenommen worden. Die Veröffentlichung des diesjährigen Korruptionsbarometers platzte mitten in die Debatte um zahlreiche Korruptionsfälle im Bau- und Immobilienbereich hinein, die bereits zu zahlreichen Festnahmen von Kommunalpolitikern und regionaler Baulöwen geführt hat. Der Riesenskandal in Spanien bestätigt genau den Eindruck, den die rund ein Tausend befragten Spanierinnen und Spanier geantwortet haben; nämlich, dass Politiker und

Unternehmen korrupt sind. Beide stehen an oberster Stelle der Korruptionsskala, vor allem Minister, Richter und Finanzbeamten. Politische Parteien erhielten bei der Befragung 3.9 Punkte auf einer Skala von 1 (niedrig) bis 5 (hohe Korruption). Ebenso gelten die Medien, die bereits schon an dritter Stelle stehen, als im hohen Maße korrupt. Im unteren Bereich befinden sich das Gesundheits- und Bildungswesen, das Militär sowie Nichtregierungsorganisationen. Zwei Prozent der Befragten gaben zu, mindestens ein Mal Bestechungsgelder gezahlt zu haben, um Vergünstigungen bei medizinischer Versorgung, im Bildungsbereich oder auch beim Gericht zu erhalten. Nur vier Prozent der Spanier sind der Ansicht, dass der Kampf der Regierung gegen die Korruption wirksam ist (EU-Durchschnitt: 18%). Vielmehr glauben 10 Prozent, dass die Regierung Korruption sogar fördert statt zu bekämpfen.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Michael Däumer

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)